

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Freitag, den 5. August 1921

Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräge 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 8,10 Mk. für den Monat. Verlagskonto Nr. 23 485, Sozialistischer Verlag o. G. m. b. H., Dresden. Fernsprech-Nr. 1111; Ring 11, 2327.

Anzeigenpreise: Die halbspaltige Zeile über dem Namen 0,40 Mk., darunter 0,30 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Verweise und Bekanntmachungen 0,40 Mk. Kleinanzeigen: Die Zeile über dem Namen im 1. Spalte 0,20 Mk.

Das Agrarprogramm der SPD.

„Die Sozialdemokratie ist zu einer reformistischen Kleinbürgerpartei geworden“, schrieb die „Vossische Ztg.“ vor einigen Tagen, als das neue Parteiprogramm der SPD. an die Öffentlichkeit gelangte. Ein Muster für diese Lausache ist deren Einstellung zur Agrarfrage.

Für einen Marxisten ist die Agrarfrage ein Teilgebiet der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. „Stellung zur Agrarfrage“ heißt also nichts anderes, als die Besitz- und Produktionsverhältnisse auf dem flachen Lande, die Klassenunterschiede und Gegensätze erkennen und danach handeln, d. h. sie aufzuheben. Ist der Kampf um den Sozialismus ein Kampf der Ausgebeuteten gegen die Ausbeutenden, so bedeutet das auch flache Land übertragen: Befreiung des Landproletariats aus der unmittelbaren Ausbeutung durch das Agrarkapital, Befreiung des Landproletariats und der Kleinbäuerlichen Massen aus der Ausbeutung durch das industrielle Kapital und des kapitalistischen Staates.

Daß hiervon im Agrarprogramm der SPD. keine Rede ist, nimmt nicht wunder. Wie in der Einleitung gesagt wird, ist das Interesse der SPD. „Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und Beseitigung der privatkapitalistischen Grund- und Bodenpekulation“. Hebung der landwirtschaftlichen Produktion auf Bodenreform sind also die bescheidenen Ziele der SPD.

Wie wird die landwirtschaftliche Produktion gehoben? Indem die landwirtschaftliche Betriebsführung auf den höchstmöglichen Stand der Technik gebracht wird. Aus Erfahrung konnten auch die Sozialdemokraten wissen, daß dieser Zustand einen Kampf zur Voraussetzung hat: einen Kampf gegen die privatkapitalistischen Interessen, für die lediglich die Höhe des Profits maßgebend ist. Erbitterter Kampf gegen die privatkapitalistischen Interessen, für die gründen von der intensiven zur extensiven Wirtschaft übergeht; erbitterter Kampf gegen das Industriekapital, das bei der Produktion landwirtschaftlicher Betriebsmittel sich gleichfalls nur von den Aussichten des Profits leiten läßt; das ist die einzige Möglichkeit, eine gesteigerte landwirtschaftliche Produktion zu erzwingen. Enteignung der landwirtschaftlichen Großbetriebe! Uebernahme der Produktion durch das Proletariat! Das sind die konsequenten Kampfziele, die sich die Kommunisten angesichts dieser Situation gesetzt haben.

„Vergesellschaftung des Grund und Bodens“, so steht es einfach und stolz im SPD.-Programm, zwar nicht im Abschnitt „Agrarfrage“, sondern unter Wohnungswesen. Es heißt jedoch in einer Anmerkung:

„Dieser Vorschlag wird zurückgezogen, falls er von der Unterkommission für das Agrarprogramm vorgeschlagen sein sollte.“

In dieser Anmerkung verkörpert sich der Wert des ganzen sozialdemokratischen Parteiprogramms. Nach monatelangen Vorbereitungen weiß die eine Kommission noch nicht, was etwa die andere vorgeschlagen hat.

Wie nun? Soll die „Vergesellschaftung des Grund und Bodens“ als allgemeine Forderung gelten? Verhält es sich etwa wirklich so, wie Stampher im „Vorwärts“ vom 21. Juli über die Kommission für Wohnungswesen schrieb:

„Während sie berieten, war es ihnen gewiß gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß es auch Grund und Boden gibt, auf dem Getreide, Kohl, Salat und andere nützliche Gegenstände wachsen. Ganz in ihre Aufgabe vertieft, dachten sie nur an den Grund und Boden, auf dem Häuser gebaut werden. Auf ihn allein bezog sich auch ihre Forderung — die Agrarfrage aber, die zur Kompetenz einer anderen Subkommission gehörte, war gänzlich aus dem Kreise ihrer Erwägung ausgeschaltet.“

Anderer Meinung über diese Stelle ist David. Er liest heraus, daß alle Landwirte ohne Ausnahme, die Junker und Großbauern ebenso wie die kleinen Arbeitsbauern, enteignet werden sollen. Im „Vorwärts“ vom 19. Juli bekämpft er eine solche Phantasie und schreibt dabei folgendes:

„Das Agrarprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands sagt über das Verhältnis der Bauern in der sozialistischen Gesellschaft:

Das Privateigentum der Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet. Er erhält das bisher von ihm bewirtschaftete Land zur freien Verfügung überwiefen.

Man muß in der Politik das Gute nehmen, woher es kommt. Ich schlage darum vor, diesen Satz auch an die Spitze unseres Agrarprogramms zu stellen.“

So sehen wir, wie David errotend den Spuren der Kommunisten folgt. Und es wäre keine Schande, wenn er noch etwas mehr erröte. Er tut damit nichts absonderliches; denn auch der unabhängige Marchionini wußte in seiner „Sozialisierung der Landwirtschaft“ gleichfalls nichts Besseres zu tun, als ab und zu ein Stück aus dem Agrarprogramm der Kommunisten kritisch abzufragen.

Wie sieht es aber mit der Enteignung der landwirtschaftlichen Großbetriebe? In den „sozialdemokratischen

Nie wieder imperialistischer Krieg!

Am 31. Juli demonstrierten Mehrheitssozialisten und Unabhängige gemeinsam mit bürgerlichen Pazifisten unter der Parole „Nie wieder Krieg!“. Gegen die Wiederkehr des Kriegswahnsinns für Weltfrieden und Völkerverständigung. Zum 4. August ruft die Vereinigte Kommunistische Partei die deutschen Arbeiter auf, durch Massendemonstrationen ein Bekenntnis zum revolutionären Kampf abzulegen, der einzig und allein den imperialistischen Krieg bei der Wurzel, dem Bestande des kapitalistischen Systems, ausrotten kann.

Nicht vergebens legen wir dieses Bekenntnis ab am 4. August. War der 31. Juli 1914 der Tag, an dem die imperialistischen Regierungen den Weltbrand entfesselten, zugleich aber auch der Tag, an dem die deutsche Sozialdemokratie als Vertreterin der deutschen Arbeiterklasse zum letzten Mal ihre Macht für den Weltfrieden in die Waagschale warf, so ist der 4. August 1914 der Tag, an dem die deutsche Sozialdemokratie durch die Bewilligung der Kriegskredite, durch den Abschluß des Burgfriedens, ihren eigenen politischen Bankrott und den Bankrott der 2. Internationale besiegelte, an dem sie der imperialistischen Bourgeoisie das Kanonensutter zum Weltkriegsgemezel zur Verfügung stellte, an dem sie den ungeheuersten Verrat beging, den jemals eine politische Partei an den Interessen der von ihr vertretenen Klasse übte. Dieser Tag war der Ausgangspunkt einer Epoche, in der die Arbeiterklasse nur noch in der Gefolgschaft der Bourgeoisie bleiben konnte, indem sie sich selbst zerfleischt, erst auf dem Schlachtfeld, dann in dem stillen imperialistischen Krieg mit den „friedlichen“ Mitteln der Konkurrenz, in dem die Arbeiter zu Millionen den unblutigen Tod durch Hunger und Krankheit sterben. So war er zu gleicher Zeit der Ausgangspunkt der Epoche, die die Arbeiterklasse unmittelbar vor die Aufgabe stellte, der sie würgenden kapitalistischen Furie den tödlichen Stoß zu versetzen und der Ausgangspunkt der tiefen ideologischen Krise des Weltproletariats, die sich äußerlich in der Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung ausdrückt, der Epoche, in der die alte Vorstellungswelt der „friedlichen“ Periode des Klassenkampfes mit den Erfordernissen des revolutionären Entlampsfes erbittert um die Köpfe und Herzen der Arbeiterringt.

Beide, die Epoche der imperialistischen Kriege und die Epoche der ideologischen Kriege des Weltproletariats, sind heute nicht abgeschlossen. Sie bedingen und ergänzen einander. Dem Stande des Imperialismus, der nicht mehr mit klingendem Spiel einhergaloppierend, sondern in allen möglichen Vermummungen tüchtig einherstreichend, die Welt verwüstet, entspricht der unfertige Stand der Weltrevolution, die erst in einem kapitalistisch rückständigen Lande zum Siege gelangte, die noch nicht in den kapitalistisch hochentwickelten Ländern der Bourgeoisie den Fuß in den Nacken setzte, um den Kampf der Profitgierigen durch die Solidarität der Arbeitenden zu ersetzen.

Darum bestehen alle Probleme, die der 4. August 1914 aufwarf, noch heute, wenn auch zum Teil mit veränderten Gesicht. Mehrheitssozialisten und Unabhängige glauben den 4. August aus der Geschichte getilgt, weil der Krieg im wörtlichen Sinne zu Ende ist, weil sie den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen von der „Feindesseite“ wieder die Hand gereicht haben, weil sie heute Pazifisten sind, die gegen Wiederholung des „Weltkriegsverbrechens“ demonstrieren. Aber ihre heutige Politik ist nur die Fortsetzung der Politik, die sie am 4. August 1914 begonnen haben. Damals stellten sie sich unter das Banner des Imperialismus, dessen Krieg um Profitmöglichkeiten in der ganzen Welt, um die ungehinderte Ausbeutung der Türkei, um die künftige Ausbeutung Marokkos sie in einen Krieg „für deutsche Freiheit und Kultur gegen russischen Despotismus“ umflog. Heute stehen sie wiederum, als Pazifisten, unter dem Banner des deutschen Imperialismus, der, selbst mit dem pazifistischen Schafspelz angetan, um seine Absatzmärkte feilscht, weil ihm der überlegene Gegner die Wolfszähne ausgebrochen hat.

Damals schlossen sie den Burgfrieden mit der Bourgeoisie, indem sie den Klassenkampf unter Berufung auf

das „vaterländische Interesse“ einstellten. Heute stehen sie wiederum im Burgfrieden mit der Bourgeoisie, der sie in jedem ernsthaften Kampf des Proletariats zur Erweiterung seiner Macht, ja nur zur Besserung seiner elenden Lage, aktive oder passive Unterstützung leisten. Die Mehrheitssozialisten sind die hervorragendsten Diener der Bourgeoisie, ihre Ketter aus den Räten der Novemberrevolution geworden. Sie haben ihre Solidarität mit der Bourgeoisie durch die Koalitionspolitik besiegelt. Sie haben den Klassenkampf nicht nur am 4. August 1914, sondern für alle Zeit theoretisch und praktisch preisgegeben. Die Unabhängigen, die ihre Existenz der Aufsehnung der Massen gegen das Kriegsgemezel verdanken, haben aus der parlamentarischen Opposition, in die die Massen sie gedrängt und die ihrem Bemühen, die Methoden des Klassenkampfes der Vorkriegszeit in die Kriegszeit hinüberzuretten, entsprach, unter dem Zwang der ihrer eigenen Politik innenwohnenden Logik zum Burgfrieden zurückgefunden, an dessen Gestalt die erste Welle der imperialistischen Kriegsbegeisterung sie geworfen hatte. Sie stehen heute nur noch formell außerhalb der Regierungskoalition und betonen sich durch ihre Parteinahme für die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale der Reformisten zur Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie auf ökonomischem Gebiet, die die politische Zusammenarbeit unweigerlich nach sich ziehen muß.

Der linke Flügel der Sozialdemokratie, aus dem die Kommunistische Partei hervorging, war es allein, der die Bedeutung des Weltkrieges als des Auftaktes zur Weltrevolution erkannte, der gleich nach dem Sündenfall der Sozialdemokratie vom 4. August die Massen zum revolutionären Kampf gegen den Krieg zu sammeln begann, der die entscheidende Lösung unter sie warf: Beendigung des Krieges durch die Aktion der Masse selbst.

Diese Lösung gilt, wie damals für den Weltkrieg, so heute für den halb-schleichen, halb-offenen Krieg, den das Weltkapital — mit Einschluß des deutschen — um die Absatzmärkte in Europa und außerhalb Europas führt, der die Form ist, in der sich nicht der Wiederaufbau der zerstörten Welt, sondern ihr weiterer Zerfall in Trümmer vollzieht, die Millionen von Proletariern unter sich begraben.

Durch die Aktion der Masse allein kann dem Kapital die Macht entzogen werden, um den Kampf um den Absatzmarkt unter Aufwälzung immer weiterer Opfer und Leiden auf das Proletariat zu führen.

Durch die Aktion der Masse allein kann dem Kapital die Macht entzogen werden, um im Kampf um den Absatzmarkt die Arbeiter als Lohnbrüder und somit, wie im Weltkrieg, als Feinde gegeneinander zu führen.

Nur durch die Aktion der deutschen Arbeitermassen, nur dadurch, daß sie den Produktionsapparat in die eigene Hand nehmen, um die eigene Wirtschaft und die Wirtschaft der durch den Krieg verwüsteten Länder wieder aufzubauen, können im französischen Proletariat die Kräfte geweckt werden, die jeden Angriff des französischen Kapitals auf Deutschland lähmen, und durch das Bündnis der französischen mit den deutschen Proletariern die deutsch-französische Feindschaft, die im Verlauf der ganzen imperialistischen Epoche durch immer neue Konflikte genährt wurde, endgültig zu begraben.

Jene, die die Arbeiter am 4. August 1914 verraten haben, sie appellieren an heute nur an die Massen, um sie an den Wagen der Bourgeoisie zu spannen, der mit rasender Schnelligkeit in den Abgrund des kapitalistischen Verfalls und des proletarischen Massensterbens führt.

Die Kommunistische Partei ruft die Arbeitermassen auf, den Weg zu ihrer Befreiung und zum Wiederaufbau der durch den kapitalistischen Verfall verwüsteten Welt zu gehen, den Weg, der nicht unblutig sein kann, weil die Bourgeoisie ihre Klassenherrschaft mit den äußersten Mitteln der Gewalt verteidigt, der aber der einzige ist, aus dem die Menschheit vor dem Rückfall in die Barbarei bewahrt werden kann.

Nichtlinien der Agrarpolitik“ vom September 1920 hieß es: „Die zur Gemeinwirtschaft reifen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind zu sozialisieren.“

Selbst eine solche Forderung erschien im Juli 1921 zu „revolutionär“. Es heißt jetzt lediglich unter Punkt 4: „Allmähliche Ueberführung des Großgrundbesitzes in eine genossenschaftliche Betriebsform.“

Von Sozialisierung, von Enteignung also keine Rede! Daran ändert auch nichts, daß es etwas später heißt:

„Enteignung und planmäßige Bewirtschaftung unwirtschaftlich betriebener Landgüter durch Ueberleitung in genossenschaftliche Betriebe.“

Keine Ahnung davon, daß heute aus Profitgründen auf allen landwirtschaftlichen Großbetrieben „unwirtschaftlich“ gearbeitet wird. Daß überall auf großen Gütern

Ackerland in Viehweide verwandelt wird, daß überall nur eine unzureichende Menge männlicher Arbeitskräfte eingestellt wird, daß nur in ganz ungenügendem Maße Dünger und Maschinen gekauft werden! Keine Ahnung auch von der ungeheuren Rolle, die eben dem Landproletariat bei der Durchführung solcher Aufgaben zufällt.

In Punkt 5 heißt es: „Förderung der Siedelung.“ Etwa Aufteilung großer Güter? Oder nur Ansetzung auf Oedland? Es wird kein Wort darüber gesagt; eine ausführliche Formulierung hätte wahrscheinlich die sozialdemokratische Agrarkommission in heillosen Verwirrung versetzt. Sie hätte dabei auch bemerken müssen, daß eine allgemeine Förderung der Siedelung das Gegenteil von dem ist, was sie zunächst erreichen wollten: Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Dazu wäre nämlich Ver-

ausführung, daß die großen Güter als Gesamtkomplexe enteignet und genossenschaftlich von den Landarbeitern bewirtschaftet werden.

Allmähliche Ueberführung der großen Güter in genossenschaftliche Betriebsführung — ohne Antastung des jüngerlichen Eigentumsrechts, ohne die selbste Abnung von der gewaltigen historischen Funktion des Landproletariats; „Förderung der Sieblung“, ganz im Sinne des alten Liberalismus, ganz auf dem Boden kleinbürgerlicher Phantasien von heute; „Sehhaftmachung der Landarbeiter“, längst von den Junkern zu ihrem Nug und Frommen erprobt; das sind die Hauptpunkte im rechtssozialistischen Agrarprogramm. Es stellt sich dar als ein eilig hingeworfenes Sammelfarium von Einzelforderungen, die zueinander in vollem Widerspruch stehen, von denen bei keiner auch nur die Spur marxistischen Denkens zu finden ist. Wir sagen erst, daß ein sozialistisches Agrarprogramm von der Notwendigkeit ausgehen müsse, die ausgebeuteten wertvollen Massen des flachen Landes in die Front des um seine Befreiung kämpfenden Proletariats einzureihen. Eine Partei freilich, die das Wort Klassenkampf nicht mehr kennt — im neuen Entwurf zum Parteiprogramm kommt es zum Jubel aller Bürgerlichen nicht mehr vor — wehrt sich dem Landproletariat nichts Besseres anzufangen, als daß sie fordert: „Sehhaftmachung der landwirtschaftlichen Arbeiter.“ Die Junker werden das in ihrer Weise verstehen. Sie werden sich Feuerlinge und Leib eigene schaffen, und stehen damit auf dem Boden des sozialdemokratischen Parteiprogramms.

So kann das Agrarprogramm der SPD. den Wertlosen in der Stadt kein Brot geben, kann die Wertlosen des flachen Landes von ihren Ausbeutern nicht befreien, kann das deutsche Proletariat die reaktionäre jüngerliche Gewalt nimmermehr überwinden.

Demgegenüber erklären wir Kommunisten es offen, daß die Agrarfrage für uns eine Frage des Klassenkampfes ist. Wir wissen, daß ihre politische Bedeutung: der Kampf gegen den Vorrupp der Reaktion, gegen das Junkertum von der gleichen ausschlaggebenden Bedeutung für den Sieg des Proletariats ist wie ihre wirtschaftliche Bedeutung: Die Sicherung der Ernährung des Proletariats. Die deutsche Arbeiterklasse muß erkennen, daß das kleinbürgerliche Agrarprogramm der SPD. das Produkt einer konterrevolutionären Parteiführung ist. Hat das Proletariat aber die Agrarfrage als Lebensfrage seines Befreiungskampfes erkannt, dann gibt es nur einen Weg, den die Kommunisten immer gewiesen haben: **Der Klassenkampf hinaus aufs Land!**

Polnische Uebersicht. Der Wolf im Schafspelz.

Der Reichskanzler Biriß hielt am 2. August in der Bremer Höhe eine längere Rede.

Während des Krieges forderten deutschnationale Politiker das, was die Franzosen, Engländer, Russen usw. Kriegsgefangenen, die Deutschland besäßen, abzuschlachten, da Deutschland nicht seine wenigen Lebensmittel mit nutzlosen Fressern teilen wolle. Das war die klare und offene Sprache des Kapitals. Tod allen, die dem Profitinteresse der jeweiligen Kapitalgruppe entgegenstehen! So handelte das Kapital, so handelt es und so muß es den ihm innewohnenden Gesetzen nach handeln. Das deutsche Kapital, im Kriege besiegt, hat seine Kräfte, seinen wichtigsten Nachfaktor, verloren, das Schwert ist ihm aus der Hand geschlagen worden, und so soll es jetzt das Schicksal, das es — sogar noch schlimmer — den Gegnern zugedacht hatte, wenn es selbst liegen würde, selbst ertragen.

Da der Wolf nicht mehr nach Belieben wölfen und zerfleischen darf, legt er den Schafspelz um und winselt: „Recht, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit, Liebe, Veröhnung, Frieden!“ Das habe er schon immer gewollt, und das wolle er auch jetzt. Aber, mit Birißs Worten angebracht:

Der Gedanke der großen moralischen Weltanfassung hat das Kräftebewußtsein Deutschlands schon immer ausgezehrt. (?)

Denk freiheitslich, denk groß, denk verzeihend, denk herzöhnlich, denk in Liebe, denk brennlich, denk kaufmännisch! Da aber unter seinen Zuhörern noch immer welche waren, die nicht zufrieden damit waren, daß Biriß die Moral zur Waffe des Schachers machen wollte, an Stelle des Schwertes, erklärte ihnen Biriß gleich freundlich, indem er den Schafspelz etwas löst: „Ich bin kein Schaf, ich bin ein Wolf. Und eben deswegen bin ich schlau und ziehe den Schafspelz an.“ Das ist der Inhalt seiner eigenen Worte: „Ich sagte vorhin, daß mancher nur mit Trauer Abschied nimmt von dem Gedanken, daß nicht die Macht allein die deutsche Politik regieren kann. Wir haben diese Macht nicht.“

Die Moral der Gottentötzer: „Schlecht ist, wenn du mit meine Frau nimmst. Gut ist, wenn ich dir meine Frau nehme.“ ist noch immer die Moral des Kapitals. Da bruce das Schwert den deutschen Kapitalisten aus der Hand geschlagen ist, kommt Biriß von Recht, Frieden usw., kriecht am Boden herum und hofft auf diese Weise die Aufmerksamkeit des Gegners einzufächeln.

um sich das am Boden liegende Schwert wieder fassen zu können.

Aber Fälle haben einen guten Grund, und das deutsche Kapital mag sich die frömmste Maske anziehen und unter dieser Maske den Weltmarkt sich erobern wollen, das freigelegte Konterrevolutionärskapital kann von seiner eigenen Erhaltung nicht anders, als den Aufstieg des deutschen Kapitals zu verhindern. Deswegen ist die Politik Birißs, so schlau sie sein mag, doch eine Pleintheilnahme. Denn nicht die Geschicklichkeit einzelner Männer, sondern die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetze bestimmen die „Lösung“ imperialistischer Konflikte, und diese Gesetze dulden keinen Frieden in Europa.

Der Inhalt seiner Rede ist: Laßt uns, das deutsche Kapital, die Reparationslasten durch Arbeit, harter, eiserner Arbeit — der Arbeiterschaft natürlich — abtragen, damit wir deutschen Kapitalisten etwas verdienen können. „Echt, was wir alles tun!“ Ich frage vor aller Welt, haben Sie je ein Volk gesehen, das solche ungeheure Opfer auf sich nimmt, wie sie durch unsere Strukturgeschichte gerade auch (?) von den Lohn- und Gehaltsempfängern, von der deutschen Arbeiterschaft, von der Angehörigen und Beamtenchaft verlangt werden? Aber, Herr Reichskanzler, Sie geben einen falschen Weg! Sie können alle diese ungeheuren Opfer verlangen, die Arbeiterschaft denkt nicht daran, ihnen

auch mit einem Teil dieser Opfer zu gewähren und wir Kommunisten werden dafür sorgen, daß Ihr Verlangen ein frommer Wunsch bleibt. Wenn gezahlt werden soll, dann auf Kosten des Profites der nicht arbeitenden Kapitalisten. Dieser Teil der Erzeugnisse genügt, bei voller Ausnutzung der Wirtschaft, um die Forderungen der Entente zu erfüllen. Die Arbeiterschaft, dafür werden wir sorgen, kann die Forderungen erfüllen und dabei statt Opfer zu ertragen, noch ihre Lebenshaltung steigern. Aber das ist nur durchzuführen, wenn die Verfügung über den deutschen Produktionsapparat die deutschen Arbeiter haben!“

Biriß bettelt um das Recht auf Arbeit für das deutsche Kapital, d. h. um das Recht auf Profit für das deutsche Kapital. Dabei zählt er selbst auf, daß in England, Frankreich, Amerika usw. die Kapitalisten, weil sie für ihre Waren keinen Absatz finden, Millionen Arbeiter auf die Straße werfen. Für die deutschen Kapitalisten verlangt Biriß Absatzmarkt und gibt sich der Illusion hin, daß er das erbetteln wird, was England und Frankreich mit dem Schwerte nicht erreichen konnten. Denn heute geht es dem deutschen Kapital schon um seine Weiterentwicklung, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrem Leitartikel ausdrückt: „Durch den Verlust Oberschlesiens würde unausbleiblich Deutschlands industrielle Weiterentwicklung und seine Ausführfähigkeit eingeschränkt werden.“

Um Deutschlands Weiterentwicklung zu sichern, bettelt Biriß um die Befassung Oberschlesiens. Um Deutschlands „Recht auf Oberschlesien“ zu beweisen, läßt Biriß von den Verdiensten, die sich die deutschen Kolonisten an der polnischen Bevölkerung erworben haben. Recht hat er, wenn er bei diesen „Verdiensten“ an die Profite der deutschen Kolonisten denkt, aber diese Profite bezahlten Hunderttausende polnischer unterdrückter und verlagter Bauern und Arbeiter mit ihrer materiellen und kulturellen Beistuer. Biriß, der Gerechtigkeit, Friede, Veröhnung, Biriß, das Schaf mit dem Wolfsherzen, hält eine ganz gemeine Hezrede gegen das polnische Volk. Nicht nur dessen Kapitalisten, sondern das ganze polnische Volk mag er aller der Eigenschaften an, die das deutsche Kapital, dessen Vertreter Biriß ist, überreichlich besitzt. Biriß beschwert sich über die Drohung Frankreichs und spricht eine süddeutsche Sprache Frankreich gegenüber, dafür hebt er Englands und Amerikas „Gerechtigkeitsinn“ und „großes Herz“ hervor. Den Arbeitern verpflichtet Biriß, große Opfer aufzuerlegen, aber mit Phrasen der Liebe hofft er sie zu ihrer Uebernahme zu bewegen. Es wird ihm so wenig gelingen, wie seine Pläne den Entente-Kapitalisten gegenüber!

Das Kapital kann keinen Frieden, kann keine Arbeitsmöglichkeit, kann keine soziale Wohlfahrt schaffen, auch wenn es will. Das deutsche Kapital kann das Recht auf den „Wiederaufbau“ nicht erkämpfen. Das vergessen die Rechtssozialisten, die Unabhängigen und die Gruppe unserer Partei, die ihre Anschauungen in Paul Lebis „Unser Weg“ zum Ausdruck bringt. Nur die deutschen Arbeiter selbst können im französischen Proletariat genügend revolutionäre Kräfte auslösen, daß diese die Voraussetzungen des Wiederaufbaues in Frankreich erst schaffen.

Sowjetrußland harret aus.

Moskau, 2. August.

Im Wolgagebiet ist eine Spezialkommission der Allrussischen Exekutive eingetroffen, um das Ausmaß der Hungersnot festzustellen. Die Kommission besteht aus Vertretern der Exekutive und des Landwirtschaftsministeriums. Der Vorsitzende der Kommission, Belik, teilt mit, daß die Kommission bereits einen Teil des Gebietes besichtigt. Die Lage im allgemeinen ist äußerst schwierig, jedoch nicht so schwierig, um nicht einen Ausweg zu finden. Die Kommission errichtete verschiedene Hilfsstationen und befaßte sich besonders mit der Ueberhebungsfrage. Sie beschloß, die hungernden Kinder, Bauern und Arbeiter in fruchtbare Gebiete zu senden.

Das allrussische Exekutivkomitee hat, wie „Politiken“ aus Riga erfährt, einen Aufruf an die kommunistischen Organisationen veröffentlicht, worin es u. a. heißt: Ihr müßt die Panik unter der Bevölkerung in den hungernden Gegenden bekämpfen, damit die Verhältnisse im nächsten Jahr nicht noch schlechter werden. Aber noch kräftiger müßt ihr die Ralte, Gleichgültigkeit und Schlafheit bekämpfen, die den Hungernden gegenüber von der Bevölkerung, deren Gatte noch einigermaßen normal ist, bewiesen wird. Wendet alle tüchtigen Parteigenossen auf, um die Rationalen einzuzutreiben und Lebensmittel und Medikamente zu sammeln. Wenn Scheitel aller Beamten der Sowjetinstitutionen müssen zu dieser Arbeit herangezogen werden, und wenn nötig, müssen diese Institutionen geschlossen werden. Denk daran, daß von einem Lebensmittelimport in die hungernden Gebiete keine Rede sein kann. Die Einfuhr aus dem Auslande kann nur in ganz geringen Mengen geschehen.

Diese Nachrichten zeigen aufs neue von der Lastkraft und Standhaftigkeit, mit der die Sowjetregierung die Hungersnot bekämpft. Sie vertritt die russische Bevölkerung nicht auf die Hilfe aus dem Auslande. Sie weiß, daß die kapitalistische „Hilfsaktion“ ein zweischneidiges Schwert ist, das sich gegen die Sowjetmacht kehren wird, wenn diese die Organisation des Kampfes gegen den Hunger nicht jetzt in der Hand behält. Sie weiß, daß das Proletariat Mittel- und Westeuropas vom Kapital in Gefahr geschlagen, noch nicht imstande ist, den hungernden russischen Arbeitern und Bauern seine volle Hilfe zuteil werden zu lassen.

Die reaktionäre Presse — und verächtlich auch die menschenwürdige — zittert vor Wut darüber, daß die Sowjetregierung nicht daran denkt, im Kampf gegen den Hunger zu kapitalisieren und den Menschenleben und damit der zaristischen Reaktion das Feld zu überlassen. Sie häuft Lügennachrichten auf Lügennachrichten über Aufstände in Moskau und in der Provinz, über Erschießungen weitaus der Petersburger Regimenter durch regierungstreue Kommandanten, über Erschießung fliehender Hungernder durch rote Truppen in Lando. Dadurch sollen die Arbeiter in Westeuropa von tauffähiger Unterstützung Sowjetrußlands abgebracht und die Intervention der Imperialisten als „Reife der Revolution“ bezeichnet werden.

Über die Interventionen der kapitalistischen Mächte liegen täglich neue Nachrichten vor. So hat der lettische Ministerpräsident erklärt, der Zustand in Rußland sei so ernst geworden, daß die benachbarten Länder bereit sind auf alle Möglichkeiten vorzubereiten

müßten. Die Arbeiter Mittel- und Westeuropas haben alle Ursache, sich ihrerseits auf alle Möglichkeiten vorzubereiten, ihre Solidaritätsaktion so rasch und wirksam wie möglich durchzuführen und den Kapitalisten bei jedem Versuch, in Sowjetrußland einzudringen, in den Arm zu fallen.

Helft Sowjetrußland, so helft ihr euch!

Vor dem Kampf der Danziger Arbeiter.

Der Beschluß sämtlicher Arbeiterorganisationen Danzigs zum Protest gegen die unerhörte Belastung durch direkte und indirekte Steuern, gegen die Erhöhung der Wohnungsmiete, gegen die gewaltige Verteuerung der Lebensmittel, insbesondere des Brotes und zur Erzwingung einer Erhöhung der Löhne und Gehälter für sämtliche Lohn- und Gehaltsempfänger, sowie einer ausreichenden Arbeitslosenunterstützung, am 4. August in einen 24stündigen Generalkstreik einzutreten, hat den Senat der „Freien Stadt Danzig“ auf den Plan gerufen. Er hat einen Gegenaufruf erlassen, in dem es heißt:

„Der Generalkstreik in der beschlossenen Form ist ein Verbrechen an der Allgemeinheit, für den Senat kann er zur Katastrophe werden. Die Regierung hält es für ihre Pflicht, mit allem Ernste anzukündigen, daß sie fest entschlossen ist, der Gewalt nicht zu weichen und jede ungesetzmäßige Handlung zu verhindern. Es wird für Sicherheit und Ordnung, für Schutz der Arbeitswilligen unbedingt gesorgt werden. Die Regierung warnt vor allem die im Staats- und städtischen Dienst stehenden Personen, sich am Generalkstreik zu beteiligen. Wer trotzdem daran teilnimmt, hat sich als entlassen zu betrachten.“

Auf der anderen Seite sieht die Regierung es als ihre vornehmste Pflicht an, die Not der Zeit, die die Gefahr zum Generalkstreik auszubeten versuchen, zu lindern. Dem Volkstage wird bei seinem Zusammentreten die in der letzten Sitzung des Volkstages angelegte Vorlage vorgelesen, wonach die Gehälter der Beamten mit Wirkung vom 15. August so erhöht werden, daß die in letzter Zeit eingetretene Steigerung der Kosten der Lebenshaltung ausgeglichen wird. In entsprechendem Grade sollen die Bezüge der Angestellten erhöht werden. Die Lage der Arbeiter soll durch Steigerung der Brotzulage ausgedehnt werden. An die privaten Arbeitgeber richtet der Senat den Aufruf, sich zu einem gleichen Vorgehen bereit zu finden. Der Aufruf schließt mit den Worten: Danziger, denkt an euch selbst! An die Freiheit der Stadt! Euer Schicksal liegt in eurer Hand!“

Mit Zuderbrot und Peitsche sollen also, nach allem Rezept, die Danziger Arbeiter vom Kampfe zurückgehalten werden. Die Löhne der Arbeiter und Angestellten sollen ausreichend erhöht werden, wer aber für die Erhöhung der Löhne in den Streik tritt, wird entlassen, und wer dafür auf der Straße demonstriert, den erwarten die blauen Wachen der Schupo. Daraus erhellt, daß das Unternehmertum nicht willens ist, eine ausreichende Erhöhung der Löhne kampflös zuzugestehen. Es wird also am 4. August zu einer ersten Machtprobe zwischen Unternehmertum und Staatsmacht einerseits und der gegen die Verelendung kämpfenden Arbeiterschaft andererseits kommen. Bereits wird mitgeteilt, daß der Danziger Senat umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen habe. Der Generalkstreik wird von der bürgerlichen Presse als „kommunistische Mache“ denunziert. Die Mehrheitssozialisten befinden sich „in der Gefolgschaft des Radikalismus“.

Die Danziger Arbeiter werden ihren Kampf nur dann siegreich bestehen können, wenn die Arbeiter des übrigen Deutschland an ihre Seite treten. Sie alle müssen sich gegen die ihnen aufgebürdeten Lasten zur Wehr setzen und dafür sorgen, daß diese Lasten den Besitzenden aufgewälzt werden. In allen Betriebsversammlungen müssen die Arbeiter den Kampf der Danziger Arbeiterschaft zur Abwehr der Verelendung auf die Tagesordnung setzen und sich rüsten, in breiter Front ebenfalls in den Kampf zu treten.

Die schlesischen Arbeiter gehen gegen die Orgeßch vor.

Der „Boschischen Zeitung“ wird unterm 2. August aus Breslau gemeldet:

Im Kreise Trebnitz bei Breslau waren seit Beginn dieses Monats Abteilungen des früheren Freikorps Kozubach als Landarbeiter bei den Gutbesitzern der Gegend untergebracht worden. Da sich die Arbeiter des Bezirks aber durch die Anwesenheit der teilweise bewaffneten Soldaten bedroht fühlten, erhoben sie die Forderung auf Entfernung der Soldaten. Diese Forderung wurde auch auf einer Kreisversammlung behandelt. Unter Vermittlung des Staatskommissariats für öffentliche Ordnung verständigte sich der Kreisrat mit Oberleutnant von Kozubach dahin, daß dieser seine Leute anderswo unterbringen würde, wenn die Gutbesitzer sie, die sich auf ein Jahr verpflichtet hätten, freigäben. Bis auf zwei Gutbesitzer in Trebnitz weigerten sich alle, dies zu tun, und es kam bei einer Beratung der Besitzer in Trebnitz zu förmlichen Austritten. Die Menge umlagerte das Haus, in dem die Sitzung stattfand und verlangte den Abzug der ehemaligen Kappkämpfer. Einer Hundertschaft der Breslauer Schupo, die man telefonisch herbeirief, gelang es nur mit Mühe und unter heftigen Tumulten, die erregten Massen auseinander zu bringen. Eine große Anzahl Waffen der Kozubachleute, insbesondere Handgranaten, wurden auf den Gütern beschlagnahmt.

Die Arbeiter des Trebnitzer Bezirks geben ein Beispiel, wie gegen die Orgeßch vorgegangen werden muß. Alle Verbote und Entwaffnungsbefehle der Regierung helfen nichts, weil jede kapitalistische Regierung sich auf die Orgeßch stützen muß, weil sie die Orgeßch zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft und als Werkzeug des Imperialismus braucht. Es genügt aber nicht, hier oder da eine Orgeßchformation zu verjagen und ihre Waffen zu beschlagnahmen. Die Waffen müssen in die Hände der Arbeiter gelangen, wie es die Breslauer Arbeiter schon vor Monaten gefordert haben. Bleiben sie in den Händen der Staatsorgane, so kehren sie früher oder später in die Hand der Orgeßch zurück. Nur mit den Waffen in der Hand, nur durch die Organisation des proletarischen Selbstschutzes, können die Arbeiter den kapitalistischen Selbstschutzes, die Orgeßch, wirklich schlagen und sich zu Herren ihrer Geschichte machen.

Wirtschaftliches.

Fleischversorgung und Reparationsleistungen.

Infolge der eingetretenen Trockenheit weist die zukünftige Fleisch-, Butter- und Milchversorgung für das arbeitende Volk ein wenig rosiges Gesicht.

In verschiedenen Gebieten Deutschlands, vor allem in Ost- und Westdeutschland, ist die Rauschutter- und Futterpflanzenenergie eine sehr geringe. Der zweite Heuschchnitt ist vielfach gänzlich in Frage gestellt. Der Preis für einen Zentner Heu, gute, gesunde Ware, beträgt heute 50 bis 55 M., für Meheu über 60 M., gegenüber einem vorjährigen Durchschnittspreis von 20 M. pro Zentner.

Häfer- und Gerstentrost — als wichtiges Futtermittel während des Winters — zeigt fast überall auf ungünstige Ergebnisse. Der Bezug von Mais ist für Kleinlandwirte, die von dem verbilligten Regierungsmais nichts oder nur unwesentliche Mengen erhalten, zu unrentabel. Der Marktpreis für einen Zentner Mais beträgt 145 M., während der an die Großagrarier abgegebene verbilligte Mais 60 M. pro Zentner kostete.

Heute schon sind viele Kleinlandwirte infolge Futtermittelknappheit gezwungen, ihr Vieh in nur halb oder ganz ungenügendem gemäßigtem Zustand auf den Markt zu bringen. Die momentane Wirkung des vermehrten Auftriebes an den Märkten wird wohl — soweit das nicht schon eingetreten ist — eine Verbilligung des Fleisches zur Folge haben. Diese Erschmelzung ist aber eine vorübergehende. Schon in wenigen Wochen oder Monaten wird sich die Rehrseite der Weidalle zeigen.

Der jetzige Verkauf des Viehes durch die Kleinlandwirte sichert den Großagrarier eine Monopolstellung auf dem Viehmarkt. Der verringerte Viehbestand führt zur Beschädigung des Fleisches, Butter- und Milchmarktes auf die noch zahlungsfähigen Kreise der Bevölkerung, während für das arbeitende Volk diese wichtigen Nahrungsmittel unerschwinglich werden.

Unter Berufung auf die hohen Futtermittelpreise wird das Großagrarierum die Vieh-, damit Fleisch-, Butter- und Milchmarktpreise, ganz wesentlich in die Höhe schrauben. Diese Gelegenheit sichert ihnen hohe Profite, denn für die Großgrundbesitzer und Junker kommen die hohen Futtermittelpreise gar nicht in Betracht. Ihre Heubestände sind zur Verpflegung der auf den großen Gütern, im Verhältnis zu den Kleinbetrieben durchschnittlich viel geringeren Viehbeständen ausreichend. Dazu kommt, daß die Großagrarier von der Regierung bereitwillig mit billigem Mais beliefert wurden, daß sie sich sogar veranlaßt sahen, die Maisbezugscheine zu verkaufen.

Eine weitere Frage ist die Beschaffung von ausländischen Futtermitteln. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nahm zu der eingetretenen Futtermittelknappheit Stellung und betonte, daß die Einfuhr von Futtermitteln nicht in Frage komme, somit die Futtermittelversorgung auf die Inlandsbestände angewiesen ist. Warum kann nicht eingeführt werden?

Die Reparationsleistungen an die Entente, die Devisenempfang durch das Deutsche Reich wesen hier schon ihre Schatten voraus. Der durch die Devisenempfang weiter herabgedrückte Stand der deutschen Valuta verteuert die Auslandsfuttermittelpreise derart, daß der Bezug von ausländischen Futtermitteln für die deutsche kapitalistische Viehwirtschaft unrentabel ist. Von einer Verbilligung durch das Reich wird aber infolge der ungeheuren Verschuldung des Deutschen Reiches Abstand genommen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 31. Juli führt die Gründe an, weshalb, trotz der außerordentlichen Knappheit an einheimischen Futtermitteln, an die Einfuhr erheblicher Mengen ausländischer Futtermittel nicht zu denken ist. Sie schreibt:

Zu einer Gefahr aber wird der Niedergang der Markt im jetzigen Augenblick durch die drohende Futtermittelknappheit. Bei normaler Entwicklung unserer Wirtschaft, d. h. bei einer stabilen und sich langsam bessernden Valuta, würde es zweifellos gelungen sein, erhebliche Mengen ausländischer Futtermittel zu annehmbaren Preisen aus dem Auslande zu beschaffen, und damit den Landwirten die Möglichkeit zu geben, einen großen Teil der Weidwahrung dieses Jahres über den Winter zu halten. Leider scheint dies durch die ungünstige Entwicklung der Devisen und die damit zusammenhängenden fortgesetzten Steigerungen der Futtermittelpreise nunmehr vereitelt zu werden. Die Landwirtschaft wird mehr denn je in diesem Jahre auf die eigenen Futtermittel, so knapp diese in einzelnen Gebieten des Reiches auch ausfallen, angewiesen sein. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat man diese Gefahren sofort erkannt, und ... die Maßnahmen beraten, die nun getroffen werden müssen. Diese Maßnahmen erstrecken sich lebhaftig auf die eigene Wirtschaft und lassen eine Versorgung mit Futtermitteln aus dem Auslande ganz außer acht. Damit bestätigt es sich, daß aus dem Auslande in dieser Beziehung nichts zu hoffen ist.

Die Folgen der Reparationsleistungen sind somit schon bei dem ersten Versuch ihrer Erfüllung für das gesamte arbeitende Volk — für die Kleinbauern durch Abkochen des Viehes unter für die verlustbringenden Preisen, für das Industrie-Proletariat durch rapiden Steigen der Fleisch-, Butter- und Milchpreise — von verheerender Wirkung.

Hilferding bemüht sich angelegentlich um das Gleichgewicht des Reichshaushalts. Daß das Gleichgewicht des Reichshaushalts, selbst wenn es zustande käme, mit einer verschärften Störung im Gleichgewicht des proletarischen Haushalts bezahlt werden muß, kümmert ihn nicht.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeitslosigkeit im Juni.

Die Veröffentlichungen des amtlichen „Reichsarbeitsblatt“ über den Stand der Arbeitslosigkeit geben von den wirklichen Verhältnissen nur ein sehr unvollkommenes Bild.

Die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften zeigt nach dem „Reichsarbeitsblatt“ vom 30. Juli einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, der größer ist, als der Rückgang des Monats Mai. Von 576156 Mitgliedern waren am 25. Juni 170612 oder 3 v. H. aller Mitglieder arbeitslos (im Vormonat 3,7 v. H.).

Die Zahl der unterfüßten Erwerbslosen ging von 358161 im Mai auf 316970 Personen im Juni herunter. Der Rückgang beträgt also 41191 oder 11,5 v. H. In diesen Zahlen sind die Zuschlagsempfänger, d. h. die Familienangehörigen der Kollektiverwerbslosen nicht eingeschlossen. Ihre Zahl war am 1. Juni 339863 gegen 335174 am 1. Juni. Die Gesamtzahl der von der Kollektiverwerbslosigkeit betroffenen Personen betrug demnach 656833.

Das „Reichsarbeitsblatt“ bemerkt zu den Angaben über die Zahlen der unterfüßten Erwerbslosen:

Die Statistik der unterfüßten Erwerbslosen läßt auch im Juni einen weiteren wesentlichen Rückgang der Zahlen erkennen. Dieser ist allerdings zum Teil wohl weniger auf eine wirtschaftliche Belebung, als auf stärkere Handhabung der Fürsorgeeinrichtung zurückzuführen. Es handelt sich also viel weniger um eine tatsächliche Besserung der Zahl der Arbeitslosen, als um eine Ver-

mehrung der Zahl derjenigen Arbeitslosen, denen die Unterstützung entzogen worden ist und die mit ihren Familien dem Verhungern preisgegeben werden, damit die Kapitalisten ein wenig von der Sorge befreit werden, wie sie die Besitzheuern — hinterziehen sollen.

Auch sonst ist die Zahl der unterfüßten Erwerbslosen mit der Zahl der Erwerbslosen überhaupt nicht identisch. Die amtliche Statistik erfährt weder die nicht unterfüßten Erwerbslosen, noch die Kurzarbeiter. Nach dem oben zitierten Geständnis des „Reichsarbeitsblatt“ ist anzunehmen, daß die Zahl der nichtunterfüßten Erwerbslosen nicht ab-, sondern zugenommen hat. Daß die Zahl der Kurzarbeiter im Juni gestiegen ist, steht außer Zweifel.

Noch ein Beispiel für die Unzuverlässigkeit der amtlichen Statistik und ihre erstaunliche Fähigkeit, für jede ihrer Feststellungen, mögen sie noch so widerprüchlich sein, eine Begründung zu finden.

Bei der Behandlung der Arbeitslosenstatistik der Arbeitnehmerorganisation schreibt das „Reichsarbeitsblatt“:

Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen betrug 40303 oder 3,1 v. H. aller organisierten Frauen (im Vormonat 4,4), die Zahl der männlichen 130309 oder 2,9 v. H. (im Vormonat 3,5). Die Besserung war demnach für das weibliche Geschlecht größer als für das männliche. Der Grund liegt im Ingangkommen der Textilindustrie, zumal der sächsischen Gebiete.

Bei der Behandlung der unterfüßten Erwerbslosen dagegen wird die umgekehrte Feststellung gemacht. Da wird über den Rückgang der Zahl der unterfüßten Erwerbslosen folgendes geschrieben:

Der Rückgang um 41191 oder 11,5 v. H. war also noch etwas stärker als im Vormonat, und zwar 9,3 v. H. Wie damals machte er sich auch bei den männlichen Erwerbslosen stärker geltend als bei den weiblichen. Er machte bei den ersteren 36919 Personen oder 13,06 v. H., bei letzteren nur 4272 Personen oder 5,65 v. H. aus. Ein Grund dieser Verschleidenheit dürfte in der Besserung der Beschäftigung im ausschließlich männliche Kräfte verwendenden Baugewerbe zu suchen sein.

Also einmal wird festgestellt, daß die Zahl der weiblichen, und das andererseits, daß die Zahl der männlichen Erwerbslosen zurückgegangen sei. Es ist ein Beweis für die Unzuverlässigkeit der amtlichen Angaben, daß eine dieser beiden einander widersprechenden Feststellungen ebenso ausreichend begründet wird, wie die andere.

Die Bewegung der Pönnig-Arbeiter.

Zu den schlechtest entlohnerten Arbeitern gehören die Kolbrenner des Hörter Pönnig. Bei einem Lohn von 65 M. müssen die Arbeiter schwerste körperliche Arbeit unter den denkbar schlechtesten Arbeitsverhältnissen leisten. Seit Februar 1920 stehen diese Arbeiter in Verhandlung mit der Direktion, um eine geringe Aufbesserung ihrer Löhne zu erzielen. Immer wurden die Verhandlungen verschleppt und verzögert. Im März und Mai standen die Betriebe bereits einige Stunden still, weil die Arbeiter sich nicht länger hinhalten lassen wollten. Aber den Ueberredungen der Verbandsbürokraten gelang es jedesmal, die Arbeiter zu vertreiben. Am 29. 7. vertließen die Hochofenarbeiter wieder den Betrieb, um die Verhandlungen endlich zu beschleunigen. Am 30. 7. verhandelten 30 Arbeitervertreter (Metallarbeiter-Verband, Betriebsräte und Betriebskommission) mit den Generaldirektoren Harr und Dr. Lange. Dabei erklärte die General-Direktion: sie weiche keinem Druck und wenn es Millionen kostete. Die Kolbverarbeiter, die Afford haben, wollten 5 Prozent von ihrem Afford an die Brenner abgeben — die Differenz zwischen Brenner- und Kolbverarbeiter sollte der Pönnig tragen. Auch dieses Angebot wurde abgelehnt. Vorbedingung für Verhandlungen sei vor allen Dingen Wiederaufnahme der Arbeit. Der 1. Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes Vogt-Hörde, stempelte den Ausstand sofort zu einem „wildem Streik“. Mittlerweile erklärte sich die übrige Belegschaft (9000 Mann) solidarisch mit den Hochofenarbeitern. Noch einmal gelang es den Ueberredungskünstlern der Gewerkschaftsführer, die Arbeiter zurückzuführen zur Arbeit. Am Dienstag soll die Entscheidung der Arbeitsgemeinschaft fallen! Die Situation ist höchst provokierend auftritt und alles, was sich in der Nähe des Pönnig aufhält und nach Arbeiter auszieht, brutal mit dem Gewerkschaften bearbeitet. Die technische Kohlschicht ebenfalls in Bereitschaft.

Frankfurter Kommunistenprozeß.

6. Verhandlungstag.

Bei Beginn der Verhandlung beantragt Verteidiger Justizrat Dr. Fränkl zur Hebung aller noch vorhandenen Zweifel an der Rufandrose des Angeklagten Kunz, die Zeugen, Gefängnisgeistlichen Parrer Distel-Berlin und Professor Hans Delbrück-Berlin, zu laden, die von Kunz ausführliche Berichte über seine Erfahrungen in Russland bekommen haben. Genosse Dr. Sedel verlangt Auskunft bezüglich des Strafregisters des Zeugen Esch. Er beantragt ferner die Ladung der Zeugen Techniker Gottfried Müller, Lorrachstraße, der bestätigen soll, daß das schwarze Buch Lehmanns schon während der Kapp-Zage existiert hat, und Gastwirt Güter, in dessen Wirtschaft die Versammlung nicht, wie Ochs angegeben hat, erst im September, sondern schon Anfang Juni, einige Tage nach seiner Uebernahme der Wirtschaft am 1. Juni, stattgefunden hat.

Der Vorsitzende möchte es der Öffentlichkeit nicht bekannt geben, da er die Person des Esch nicht „unbedingt“ bloßstellen möchte. Als Verteidiger des Angeklagten Weber ist Rechtsanwalt Dr. Reichardt eingetroffen.

Sodann wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Der Zeuge Silberdorf behauptet, daß es sich bei dem erwähnten Waffentransport im August vorigen Jahres nur darum gehandelt habe, daß der Schwupmann Stessen seine eigenen Sachen in einer Kiste habe weggeschaffen lassen, in der Zeit, in der die französische Besetzung drohte. Betreffs der beiden Versammlungen der K.A.D., die nach der Verhaftung Kunz stattgefunden haben sollen, muß er zugeben, daß ihm von den Versammlungen nur mit dem Zutun gesprochen worden ist, daß es sich um die Internationale Kommunistische Organisation handele.

Die erneute Vernehmung der Zeugin Frau Eilkes ergibt nichts Befriedigendes für ihren Bruder, den Angeklagten Weber. Sie weiß weder von den Dynamitpatronen, die ihr Bruder ihrem Manne geschenkt hat, noch etwas über deren Verwendung. Auch über die politische Betätigung ihres Mannes ist sie ganz unorientiert. Von seiner Zugehörigkeit zur K.A.P. hat sie erst bei der Hausdurchsuchung erfahren, als dabei seine Mitgliedskarte gefunden wurde. Sie kennt die Angeklagten Lehmann, Kunz, Simdal noch nicht einmal dem Namen nach. Im Parteirein ist sie häufig bei ihren Eltern zu Besuch gewesen. Sie weiß, daß dort ganz allgemein bei Festlichkeiten Sprengpatronen verwendet werden, weiß aber nicht, wo das Dynamit herkommt.

Der Zeuge Kriminalwachmeister Klein hat im Februar den Zeugen Deschler vernommen und erklärt, das Protokoll nach dessen Aussagen ganz ohne Beeinträchtigung des Angeklagten fertiggestellt zu haben. Er hätte auch keinen Grund zu einer Beeinträchtigung gehabt, da Deschler ihm schon vorher als ein Zeuge benannt worden sei, der mit der Wahrheit nicht zurückhalten werde. Von welcher Seite er so gut informiert war, ergibt sich daraus, daß er auf die Frage des Verteidigers, ob er das von

dem Zeugen Esch gehört hätte, die Antwort verweigert. Deschler selbst gibt an, Esch habe ihm gesagt, er solle nur alles sagen, die Polizei sei doch über ihn genau orientiert.

Als Genosse Dr. Sedel fordert, daß die Esch betreffenden Akten bei der Hebung der Polizei und Staatsanwaltschaft eingefordert werden, um seine Unglaubwürdigkeit zu beweisen, erklärt der Staatsanwalt Namin, dann auf das Verlangen der Angeklagten eingehen zu müssen. Justizrat Dr. Fränkl besteht es, dem Herrn Staatsanwalt klar zu machen, daß Angeklagte nicht berechtigt werden!

Der Zeuge Lehrer Gröndling hat seinerzeit das Protokoll bei Lehmanns Vernehmung gelehrt. Er gibt an, Lehmann habe sich geweigert, das Protokoll zu unterzeichnen, weil er von der achtsündigen Vernehmung zu schlapp sei. Staatsanwalt Namin versucht zu beweisen, daß die Bekundung des Zeugen, Lehmann habe viele Abschweifungen gemacht, ein Beweis dafür sei, daß Lehmann sehr klar bei Verstande gewesen sei.

Der nächste Zeuge ist der kommissarische Staatsanwalt und frühere Kriegesgerichtsrat Dr. Meier, ein echt preussischer Beamter, für den menschliche Regungen nur Schwächen sind, die überwunden werden müssen. Mit einer ganz bürokratischen Genauigkeit gibt er an, auf welche Weise er festgestellt hat, daß Weber im Verdacht steht, Dynamit entgegen zu haben. Durch genaue Untersuchung des Dynamits, das in Frankfurt gefunden wurde, konnte festgestellt werden, von wo es verhandelt und wohin es gekommen sei. Bei der fünften Vernehmung hat Weber zugestanden, daß er gewohnheitsmäßig beim Schließen, ohne daß es jemand merken konnte, eine Patronen in die Tasche gesteckt hat. Seine weiteren Ausführungen betreffs der Aussage Webers bedarf nicht mit dessen Aussage vor Gericht. Wichtig ist, daß er die Möglichkeit, Dynamit mit einer gewissen Leichtigkeit zu erwerben, zugeben mußte. Seine Angaben wurden von allen Zeugen aus Parteilichkeit bestätigt. Es war an den anderen Schöffmeistern sogar eine gewisse Herabsetzung zu bemerken, als hätte sie die Tatsache sehr überrascht, daß einer ihrer Kollegen wegen einer Tat unter Anklage steht, die ihnen wohl auch nicht ganz unbekannt ist. Alle beklundeten auch, daß Weber jeder Politik ganz fern stehe, „er habe davon keinen Dunst“. Es kann also keine Rede davon sein, daß Weber sich irgendwie der Folgen seiner Tat bewußt gewesen ist oder gar politische Pläne hat unterfüßen wollen.

Trotzdem der Verlauf des Prozesses den völligen Zusammenbruch des Anklagegebäudes ergeben hat, beantragte der Staatsanwalt jahrelange Gefängnis- und Zuchthausstrafen.

Auf Antrag des Verteidigers Dr. Reichardt wird der Zeuge Peter Amant I nochmals vernommen, der feststellt, daß es in Parteilichkeit an der Tagesordnung sei, zu Festlichkeiten wie Hochzeiten, Kindtaufen usw. Freudenstücke abzugeben und sich Sprengpulver und Patronen, wie die von Weber verwendeten, immer dazu verwendet. Daß der Angeklagte Weber die Sprengstoffe zu irgendwelchen politischen Zwecken gebrauchen wollte, sei vollständig ausgeschlossen. Seine Arbeit habe er stets als zufriedenstellend bezeichnen können. — Der nächste Zeuge, Wachtmeister Schuchardt, gibt an, daß es sich im August 1920 nicht um einen Waffentransport gehandelt habe, sondern er infolge der Befehlsgefahr seitens der Franzosen nur sein Eigentum in eine Privatwohnung der Wetterweilstraße gebracht habe, da den Sipobeamten vom Staat bei einer Beschlagnahme nichts mehr ersicht werde. — Wirt Güter erklärt unter seinem Eid, daß kurz nach seiner Ankunft in Frankfurt im Juni 1920 eine Versammlung der Transportarbeiter, von denen er niemand kannte, abgehalten sei. Irrendwelche kommunistische Tendenzen habe er nicht bemerkt. — Die Aussagen des Technikers Müller ergeben mit aller Deutlichkeit den

vollständigen Zusammenbruch des Anklagegebäudes, das sich auf das sogenannte Mobilisationsheft stützt. M. gibt an, daß dieses Heft in den Kapptagen hergestellt und er selbst Zeichnungen und Notizen, die er selbst beschrieb und die zutreffen, darin angebracht habe. Es seien stets Meldungen der während dieser Tage angestellten Posten eingelaufen, die sofort der Ueberstalt halber in dem Heft vermerkt seien. — Das Gesicht des Staatsanwalts wird bei diesen mit größter Bestimmtheit vorgebrachten Behauptungen immer länger, denn er sieht nun auch seine letzten Felle fortschwimmen und man sieht sich verüßt, ihm die Dichtworte: „Ein großer Aufwand schmählich ist verlan!“ zuzurufen. — Danach erscheint der nächste Zeuge Kaufmann Friedrich Müller, der Erfinder des Sprengstoffes und erklärt unter größter Spannung der im Saale Anwesenden, wie der Epitel Esch ihm seine Erfindung abnehmen wollte, und ihn unter diesem Vorwand in den Taunus lockte, wo die Vererbung vor sich gehen sollte. Esch hatte ihm erzählt, daß er mit Herren „aus Moskau“ (!) in Verbindung stände, die alle paar Wochen mit einem Auto nach allen europäischen Hauptstädten reisten und die das Patent unter allen Umständen laufen würden. Es seien dieses ein russischer Major, der kein Wort Deutsch spräche und ein Leutnant, der dieser Sprache mächtig sei. Der eine dieser Herren stellte sich nach dem mitaltlichen Raubverzug als ein geschwätziger Verbrecher heraus, der auch seitens der Polizei in Gewahrsam genommen wurde und Rußland in seinem Leben nie gesehen hatte. Esch hat auch ein Alibi über den beschäftigten Verlauf verfaßt, das sich als gefälscht erwiesen hat. Danach wird Esch nochmals vernommen, der alles abstreift. Der Zeuge Theiler gibt unter seinem Eid an, daß ihm Esch im März d. J. Sprengstoffe angeboten hat und zwar gibt er weitere Zeugen an, denen gegenüber er sich geäußert hat, daß er noch soviel Dynamit hätte, um das Polizeipräsidium nebst dem halben Hauptbahnhof in die Luft zu sprengen! Der nächste Zeuge, Genosse Landtagsabgeordneter Knorr, erklärt unter seinem Eid, daß Esch auch ihm Sprengstoffe zum Verkauf nach Rußland angeboten hat mit dem Bemerkung, daß es nicht zu seinem Schaden sei! Bei der Vernehmung Eschs spielt sich eine bezeichnende Szene ab, die für die Führung des Prozesses bezeichnend ist. Der Zeuge Esch weigert sich nämlich, den Eid zu leisten und fragt mit arglistiger Stimme, ob er denn bekräftigt wird, wenn er den Eid nicht leistet. Der Vorsitzende bejaht diese Frage mit dem Hinzufügen, daß er noch Zeit hätte, die falschen Aussagen, die er bisher gemacht hat, zurückzuziehen. E. leistet mit zitternder Stimme den Eid. — Wir erwarten jetzt von dem Staatsanwalt, daß er sofort Esch wegen Meineidsverdacht in Haft nimmt, da durch die ebenfalls bezeichnenden Aussagen einer Reihe anderer Zeugen die Unrichtigkeit seines Schwures festgelegt ist. Es ist empörend und zugleich für die „Objektivität“ der deutschen Justiz bezeichnend, daß die Verhaftung dieses Subjectes nicht sofort im Gerichtssaal erfolgt ist. — Nächste Verhandlung Dienstag vormittag 9 1/2 Uhr.

(E. U.) Frankfurt a. M., 2. August.

Im Kommunistenprozeß hielt heute der Staatsanwalt nach Vernehmung der Beweisaufnahme sein Plädoyer. Er führte aus, daß Kunz als der geistige Organisator zu betrachten sei und daß er als charakteristisch bezeichnen müsse, daß familiäre Beziehungen, die unter dem Terror ihrer Partei handelten, (!) versuchten, abzuschwächen und abzuleugnen. Neben Kunz komme als Hauptbeteiligter in Frankfurt der Angeklagte Lehmann in Betracht, wofür das von ihm geführte Buch mit militärischen Notizen Zeugnis ablege. Während der Staatsanwalt für Kunz 3 Jahre Gefängnis beantragte und ihm jubilligte, nicht auf niederen Notizen, sondern auf politischen Idealen gehandelt zu haben, plädierte er im Falle Lehmann auf Zuchthaus und zwar auf 2 1/2 Jahre. Im übrigen lauteten die Staatsanwaltsanträge folgendermaßen: Gegen Armsbrech 2 Jahre Gefängnis, gegen Herwegh 1 1/2 Jahre Gefängnis, gegen Ritter, Bauer, Dausmann und Schwarz je ein Jahr Gefängnis, gegen Walter, Feinboldt, Wasmuth, Heber je 9 Monate Gefängnis, gegen Weber und Fräulein Semboß Freisprechung.

Wirtschaftliches.

Das Testament des Kuli.

Eine moralische Geschichte für deutsche Arbeiter.

Herausgegeben von Hugo Stinnes.

Das Stinnesblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, hat offenbar den Ehrgeiz, der Nationalismus der deutschen Arbeiter zu werden. Das zeigt sich nicht nur darin, daß die Hohenprieester der SPD, die Lensch, Cunow und August Müller, dort von ihren hohen Reichheitsbüchsen aus die Früchte ihrer Erkenntnis von sich geben, die zugleich Herrn Stinnes wohlgefällig und den Arbeitern nützlich sein sollen. Es werden vielmehr, nächst der reinen Erkenntnis, auch hübsche erbauende Geschichten erzählt und die Moral als Gratiszugabe beigelegt. Eine solche hübsche Geschichte ist

Das Testament des Kuli.

Am 1. April d. J. wurden beim Bau des Atami-Tunnels in Japan 17 Leute verschüttet und lebendig begraben. Das Rettungswerk wurde sogleich begonnen. Nach 8 Tagen angestrengtester Arbeit gelang es, die 17 Verschütteten zu erreichen und an das Tageslicht zu bringen. Sie lebten alle. Ein Hauptverdienst dafür, daß sie nicht verwesten, kommt dem Ingenieur Jida zu, der die Lebensenergie der Eingeschlossenen mit allen möglichen Mitteln aufzustacheln verstand. Im Besonderen ließ er sie von Zeit zu Zeit gemeinsame Kriegsgefangene anstimmen. Unter den 17 Eingeschlossenen befand sich auch ein Kuli, der sich veranlaßt sah, dieses Testament niederzuschreiben:

Ich weiß, daß meinem Leben ein Ziel gesetzt ist. Dies ist mein letzter Wille:

1. Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß es meine Pflicht als Kuli war, an den Tunnelarbeiten teilzunehmen. Obwohl mich dieser Unfall ereilt hat, bin ich also nicht traurig, sondern im Gegenteil. Im Gefühl getaner Pflicht gehe ich friedlich in den Tod.
2. Bringt meine besten Grüße an meinen Herrn, meinen Eltern und meinen Brüdern.
3. Das Einzige, was ich bedaure ist, daß ich mit 26 Jahren sterben muß, ohne in der Möglichkeit gewesen zu sein, meine Schulden, die sich auf mehrere Tausend belaufen, zu bezahlen.
4. Es ist ein großes Glück, daß meine jüngeren Brüder den Tunnel verlassen konnten, bevor er einfiel. Sie sollen der Vorkehrung dafür danken, nach Hause zurückzukehren und unserem Vater bei seiner Arbeit helfen.
5. Mit tiefem Dank denke ich daran, wieviel ich meinem Weibe verdanke, seitdem wir verheiratet waren. Wenn ihre Zeit kommt und sie ein Kind zur Welt bringt, so soll sie es meinen Eltern bringen, die für das Kind sorgen werden und sie selbst soll ohne Zögern eine neue Ehe eingehen.
6. Ich sehe dem Tod ohne Furcht entgegen. Meiner Verantwortung bin ich mir voll bewußt.

Dies ward niedergeschrieben am 6. April um 5 Uhr nachmittags, als ich noch im vollen Besitz meiner Kraft und Energie war. 17 Meilen vor dem Einzug zu dem Tanasami-Tunnel durch Seichi Adona, tätig in dem Geschäft von Herrn Katsura.

Der Pressesekretär des Herrn Stinnes knüpft daran folgende Moral: Wir wissen relativ wenig über die heutigen inneren Zustände Japans. Wir haben gelegentlich gehört, daß dort infolge des über Nacht gekommenen Kriegszustandes und der treibhausartigen Industrialisierung des Landes sozialistische und bolschewistische Tendenzen sich breit machen und der „Aufschubgeißel“, der Geist der Hingabe für das große Ganze ins Bankrott gekommen sei. Das vorstehende Testament eines einfachen Kulis scheint ein Beweis dafür zu sein, daß der Geist der Pflichterfüllung, der Japan gegenwärtig hat, doch noch im Volke weiterlebt, und bei der bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen den Raubböllern des pazifischen Ozeans unter amerikanisch-englischer Führung werden die weisen Klassen gut tun, diesen Geist, der Berge versetzen kann, der uns leider im Kriege verloren ging und der eine härtere Macht ist, als Post-Zündend-Schiffe, Fliegergeschwader und Gasbomben, nicht zu vernachlässigen. Auf ihn genügt, daß auch das antike Japan trotz seiner zweifelslos schwierigen Lage den kommenden Dingen mit Ruhe entgegensteht.“

Der Pressesekretär des Herrn Stinnes will offenbar, daß die Arbeiter opferfreudig ihre Körper hingeben sollen, wie er selbst längst seinen Geist hingegen hat. Die deutschen Arbeiter werden schrecklich den ihnen im Kriege abhanden gekommenen Aufschubgeißel zurückgewinnen. Es ist noch nicht alle Hoffnung verloren, daß der alte Geist der Hingabe wieder einzieht. Hoffen wir, daß in den Herrn und Meister der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Herrn Stinnes, zugleich der neue Geist einzieht, der ihm nicht im Kriege verloren zu geben brauchte, der Geist der Vergabe.

Weitere erhebliche Verteuerungen der Lebensmittel.

Dr. Keris Elsch hat schon eine Berechnung über den Stand der Kosten der Lebenshaltung am 1. Juli herausgegeben. Hierbei hat er festgestellt, daß die Indexzahl gegenüber Mai um 13 Punkte gestiegen ist, nämlich auf 23. Dr. Elsch führt die Steigerung der Lebenshaltung weitens darauf zurück, daß die Kartoffelbreite fast in die Höhe gegangen sind, aber auch der steigende Preis für die Getreidemehle. In seiner Untersuchung kommt er auch zu folgenden Auslassungen:

Verglichen mit 1914 bedeutet die neue Indexzahl, daß die Part im Inlande noch für 9 Wochen lang ausreicht. Die in Ausland stehende Bevölkerung des Reiches an den den Lebensmittel, die kommende Erhöhung des Preispreises, dazu der höchste Stand der Welt, können eine neue Welle der Preissteigerung hervorzurufen, die eine entsprechende Lohnsteigerung auslösen müßte. Von allen vorerwähnten Faktoren ist die Salina die wichtigste, zugleich aber der den größten Anschlag gebende. Es gehört keine Erbsünde dazu, das Salz und das Preisverhältnis mit allen Reglementierungen, wie Zenerung, Zinseszinsen und Lohnabhängigen, lediglich von der Seite her noch des Vorrates voranzutreiben. Es ist um die Frage, ob dies als machbar hingewiesen werden muß. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß Veränderungen des Preisniveaus nicht anderes sind, als der Ausdruck für die veränderte Kaufkraft des Geldes. Alles spricht dafür, einmal die Frage von der Seite des Angebots des ganzen Problems, anzupassen und zu versuchen, endlich eine Stabilisierung der Währung zu erreichen.“

Wenn Dr. Elsch das Schwergewicht zur Verhinderung der Verteuerung auf die Stabilisierung der Währung legt, so ist gerade diese Festigung unserer Währung nicht zu erreichen.

Unsere Geldwährung wird sich ständig nach dem inneren Wert unserer Wirtschaft richten. Aber die ganze Nachkriegszeit hat bewiesen, daß sich unsere Wirtschaft nicht festigt, sondern mehr und mehr in Zerfall gerät. Alle Versuche, durch ausländische Gelder und Rohstofflieferungen sie wieder flott zu machen, sind ebenfalls gescheitert. Es hat sich durch dieses Scheitern herausgestellt, daß alles Gerede der SPD, vom Ausbauen des Kapitalismus eitel Humbug ist. Die Arbeiter haben jetzt schon zur Genüge erfahren, und werden es noch verstärkter fühlen, wenn sie sich nicht endlich frei machen von dem Aufbauplan der SPD. Eine radikale Kur ist stets im Interesse des Kranken gewesen. So bleibt auch dem Proletariat weiter nichts übrig, als sich mit aller Macht dafür einzusetzen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem so schnell wie möglich verschwindet.

Vermischtes

Die Demonstration „Nie wieder Krieg!“

Berlin, 1. August.

Ein großer Teil der Arbeiterschaft Groß-Berlins demonstrierte gestern mit bürgerlichen und pazifistischen Organisationen auf dem Schlossplatz und im Lustgarten für ein scheinbar gemeinsames Ziel, für: „Aufrechterhaltung des Friedens“, „Gegen jeden Krieg“. Schon lange vor Beginn der Ansprachen entwickelte sich auf dem Platze ein reges Treiben: Flugblätter, Broschüren und sonstiges Material wurden verteilt. In großer Auflage verbreiteten unsere Genossen die „Rote Fahne“, während andere Beiträge für die „Rote Hilfe“ leisteten. Kurz nach 11 Uhr begannen die Redner der verschiedensten Organisationen. In hundert Reihenfolge wechselten sich die menschewistischen Verräter von 1914 bis 1917 mit Syndikalisten, Monisten, Kriegsbeschäftigten und sonstigen Vereinen und religiösen Sekten ab. Die Unmöglichkeit einer Einigung des Proletariats mit kleinbürgerlichen und pazifistischen Schichten — selbst wenn sie alle den „Frieden“ wünschen — sollte sich aber sofort zeigen. Jeder Redner schlug nämlich einen anderen Weg zur Aufrechterhaltung des „Friedens“ vor.

Die Arbeiterschaft, die zum Teil glaubte, durch ihre öffentliche Willensäußerung an der Klassenherrschaft der Bourgeoisie etwas ändern zu können, wurde genau so wie vor sieben Jahren belogen und betrogen. Es wäre müßig, auf die einzelnen Redner einzugehen, doch seien sie doch alle in dasselbe Horn: „Liebe muß sein unter uns“... „Kein Arbeiter darf mehr Waffen und Munition anfertigen“... „Uns selbst müssen wir anklagen“... „Geißig müssen wir frei werden“... „Nieder mit dem Militarismus“... „Die bürgerliche Schule ist schuld“... „Wir müssen glauben an die unbefleegliche Vernunft“... „Nie wieder Krieg“ usw. Das waren die Schläger, mit denen die bürgerlichen und pazifistischen Organisationen aufzuziehen sind, mit denen sie versuchen, die Arbeiterschaft über die Notwendigkeit des schärfsten Klassenkampfes, des offenen Bürgerkrieges hinwegzutäuschen. Nach den Ansprachen, die eine kurze halbe Stunde in Anspruch nahmen, sprachen unsere Genossen. Sie brandmarkten vor allem den Verrat der Sozialdemokratie 1914: „Offener und verstellter Krieg herrscht überall! Aufgepflanzte Bajonette, Kanonen und Maschinengewehre, Massenmorden sind die Zeichen des „Krieges“. Konkurrenzkampf, Freischießerei, Lohnsenkung, wahnwitzige Ausbeutung des Proletariats die Zeichen des „Friedens“. Während das Proletariat für einen „Frieden“, der in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nie vorhanden ist, demonstrierte, sammelt sich die bewaffnete Konterrevolution zum entscheidenden Schlag gegen den Arbeiterstaat Sowjetrußland.“

Nach den Ansprachen zogen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Organisationen wieder in ihre Bezirke zurück. Zurück in die elenden Proletariatswohnungen, in die Fabriken und Kontors, um auf neue, unbefleegert all ihrer „Friedenswünsche“, vom Kapital ausgeliefert, beizutreten, dem Elend preisgegeben oder ins Zuchthaus und Gefängnis geworfen zu werden. Die proletarischen Kinder werden weiterhin in die bürgerliche Schule geben, um das Gift des Patriotismus aufzunehmen, um mit Krügel zum „Gehoriam gegen den Staat und die Obrigkeit“ erzogen zu werden. Und gegen all dies soll die Arbeiterschaft nichts anderes tun als nur sagen und wünschen: „Nie wieder Krieg“? Die Bourgeoisie lacht sich den Teufel um dieses Gejammer. Wer keine Munition anfertigen will, flieht raus! Wer sich gegen die wahnwitzige Bekämpfung und Ausbeutung durch das Kapital zu sehr fest, wandert auf Jahre ins Zuchthaus! Arbeiter, die Bourgeoisie wird Euch fesseln und anhängen, wird Euch Franco und Kinder hungern und dahinstrecken lassen, wird Euch allen ins Gesicht spucken, laune, bis Ihr nicht die Waffengewalt Eurer Vaterbrüder in geschlossener Front gestrichen habt.

Wie die Kommunisten die Lage der Opfer der Sonderjustiz „untersuchen“ dürfen.

Eine Nachrichtenstelle meldet, daß mit Genehmigung des preussischen Justizministers im Auftrage der kommunistischen Landtagsfraktion der Abgeordnete Menzel die preussischen Strafanstalten besuchen sollte, um nach Umständen zu forschen und die rVund die Verhältnisse in den Gefängnissen zu untersuchen.

Von zuständiger Seite wird uns hierzu mitgeteilt, daß der Kommunist Menzel die widerrufliche Genehmigung erhalten hat mit den in den preussischen Zuchthäusern und Gefängnissen sich befindenden, vor außerordentlichen Gerichten verurteilten Personen einmal im Beisein eines Anstaltsbeamten zu sprechen. Die Genehmigung war für den Monat Juni erteilt und ist bis zum 30. September verlängert worden.

Kriegstrüppel müssen verhungern oder — stehen

„Das Reiches Dank ist Euch gewiß!“, „Das Vaterland wird seine Pflicht erfüllen!“, mit diesen und ähnlichen Phrasen wurden die Söhne des „Vaterlandes“ für die imperialistischen Pläne der Industriefürsorge in die aufgeschlitzten Bajonette diesseits und jenseits der Drahtverhaue getrieben. Als aber der Krieg vorüber war, blieb der „Dank des Vaterlandes“ aus, und nur die Kriegsgewinnler wußten, daß das Vaterland sich sehr dankbar für ihre Hilfe gezeigt hat. Sie brachten ihre Millionen und Milliarden schnell beiseite und überließen — wie sie auch den Kampf und den Tod auf dem „Felde der Ehre“ gegen denen überließen, die zwar das Leben, aber keine Millionen oder gar Milliarden zu verlieren hatten — die Kriegstrüppel und -hinterbliebenen dem bankrotten Staat. Diese armen, hilflosen Gestalten mit ihren zerfetzten Gliedern und zerfetzten Gesichtern, ohne Arme, ohne Beine, nervenkrank, stehen an den verkehrreichen Straßenecken und betteln, weil sie der kapitalistische Staat verhungern läßt. Es besteht zwar ein Gesetz, daß die Kriegstrüppel nach Art ihrer Verwundung in den Produktionsprozess eingegliedert werden sollen, doch wer will die Kapitalisten zur Innehaltung des Gesetzes zwingen, wenn ihre besten Vertreter und Lakaien in der Regierung dieses Staates sitzen? Es ist doch mehr wie hoch, wenn jetzt die Presse meldet, daß Drehorgeln an Kriegstrüppel von Reichs wegen nicht abgegeben werden können. Die Hauptfürsorgestelle beim Reichsarbeitsminister hatte kürzlich angeregt, daß Drehorgeln an Kriegsbeschädigte durch das Reich abgegeben werden sollten, und zwar sollte die Hilfe des Reiches nur in „Ausnahmefällen“ in Anspruch genommen werden. Der Minister hat sich jetzt ganz „entschieden“ gegen diesen Vorschlag gewandt und die Auffassung, die er von jeder vertreten habe, wiederholt, daß Kriegsbeschädigte von allen Berufen ferngehalten sind, die mittelbar einen „Anreiz zum Betteln“ bieten können. Was dürfen nun wohl die Opfer des imperialistischen Mordens nach Ansicht dieses Ministers machen, nachdem der bankrotte Staat für sie nicht sorgen will, der Kapitalist sie nicht einstellt und die Polizei das Betteln verbietet — dann bleibt ihnen nur eine Alternative: entweder sich aufzuhängen oder zu stehen.

Die Bourgeois reifen

Trotz der im Juni in Kraft getretenen Tarifierhöhung im Fernpersonenverkehr hat die diesjährige Sommerreisezeit nach einem Berliner Bericht einen außerordentlich starken Zubrang zu den Zügen gebracht. Der Sommerreiseverkehr ist, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, wesentlich stärker gewesen als in den letzten Jahren, so daß nicht nur die Ferienonderzüge anberaust waren, sondern auch der Zubrang zu den fahrgastmähigen Zügen so außerordentlich stark war, daß neben diesen noch eine große Anzahl von Vor- und Nachzügen besordert werden mußte, um den Anforderungen des Verkehrs auch nur einigermaßen gerecht zu werden; dabei hat es sich gezeigt, daß nicht nur die dritte Wagenklasse, sondern auch die zweite Klasse ebenso stark wie die dritte und vierte in Anspruch genommen worden ist. Entgegen anders lautenden Meldungen hat sich eine Abwanderung in größerer Maße auf den Fernstrecken und vor allem in den über weite Strecken laufenden Schnellzügen nicht bemerkbar gemacht.

Es gibt noch genug Kriegsgewinnler und sonstige Ausbeuter, die sich auch in diesen teuren Zeiten eine Babereise leisten können. Die geplagten Kuponschneider fliehen vor der Hitze in die kühlen Wälder oder an die See, indes die Proletarier schuften und schwitzen.

Verantwortlicher Redakteur für Politik: Richard Janus, Berlin. Verlag Sos.-Verl., e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, e. G. m. b. H., Berlin SW 48.

Schauspielhaus

Opernabende
Tel. Ring 24.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Zum 2. Male:
Die Scheidungsreise.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Zum 1. Male
Das Heilandswaisen.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Rote von Sankt Paul.
Sonntag u. täglich 7 1/2 Uhr:
Das Heilandswaisen.

Zeitgarten

Täglich 7 1/2 Uhr:
Einziges Sommervarieté
in Breslau.

M. K. Matthias - Kino

Matthiasstraße 38
Mollkestraße 9

Harry Piel
in
Die geheimnisvolle Macht
= 6 Akte =

II. Teil: Reiter ohne Kopf
dazu
ein gutes Deiptogramm.

Kommunistische Internationale

Organ des Exekutivkomitees der
Kommunistischen Internationale

Heft Nr. 15
Preis 10 RM.

Zu beziehen durch: **Kommunistische Bücherei
Breslau V, Gräbchenstr. 45**

Genossen! Werbt für die Schlesische Arbeiter-Zeitung!

Veröffentlichungen des Verlages der Kommunistischen Internationale

Schriften von G. Sinowjew:

- Die russische Revolution und das internationale Proletariat RM. 0,70
- Die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution RM. 2,30
- Die Weltrevolution und die Kommunistische Internationale RM. 1,50
- Die Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung RM. 5,50
- Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an den Zweiten Weltkongress der Kommunistischen Internationale RM. 2,—
- Der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale RM. 1,—
- Was die Kommunistische Internationale bisher war und was sie nun werden muß RM. 1,—
- Sam. Verdegang unserer Partei RM. 1,20
- Zwölf Tage in Deutschland RM. 2,—
- Die Sowjetmacht und der Offiziersstand RM. 1,—
- Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht RM. 2,—

Zu beziehen durch die
**Kommunistische Bücherei
Breslau V, Gräbchenstr. 45.**